

Fraktionsreferat zum Antrag auf Direktbeschluss der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen betr. Standesinitiative „Ausstieg aus der Atomenergie“

Frau Präsidentin
Dame und Herren Regierungsräte
Geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Als Schwager einer Japanerin fällt es mir besonders leicht zu sagen: Unser Herz und unsere Gedanken sind bei unseren Brüdern und Schwestern in Japan. Die SVP-Fraktion ist nach wie vor bestürzt über das unermessliche Leid, welches das schwere Erdbeben, der nachfolgende Tsunami und die Kernkraftwerk-Katastrophe über die japanische Bevölkerung gebracht haben.

Bei der Inspektion des havarierten Kernkraftwerks Fukushima hat es offenbar massive Unregelmässigkeiten gegeben. Das geht aus einem Bericht der japanischen Atomsicherheitsbehörde hervor, der neun Tage vor dem verheerenden Erdbeben und dem anschliessenden Tsunami veröffentlicht wurde.

Demnach liess KKW-Betreiber Tepco 33 Teile der Anlage nicht inspizieren. Darunter hätten sich Notstromgeneratoren, Pumpen und andere Teile des Kühlsystems befunden, die dann vom Tsunami beschädigt wurden und deren Ausfall zu den massiven Problemen im Kraftwerk führte.

Schon vor der jüngsten Katastrophe hatte es immer wieder Kritik an Tepco wegen nachlässiger Wartung von Kernkraftwerken gegeben.

Die mit den Ereignissen zusammenhängende Situation im Kernkraftwerk Fukushima kann heute nicht abschliessend beurteilt werden. Deshalb ist es noch zu früh, daraus konkrete Massnahmen für die Erhöhung der Sicherheit unserer Kernkraftwerke, die 40% unseres Stromes liefern, abzuleiten. Es ist selbstverständlich, dass allfällige Erkenntnisse aus den Ereignissen in Japan laufend ausgewertet werden müssen, um die Sicherheit der Kernkraftwerke in der Schweiz auf dem höchst möglichen Stand zu halten. Es muss jedoch festgehalten werden, dass sich die eingetretene Situation in Japan (mit einem Erdbeben dieser Stärke und nachfolgendem Tsunami) in der Schweiz in dieser extremen Form nicht ereignen kann. Ebenso klar ist, dass allfällige Schwachstellen der eigenen Kernkraftwerke schonungslos aufgedeckt und erforderliche Korrekturmassnahmen umgehend eingeleitet werden müssten. Kernenergie ver-

zeiht keine Fehlbeurteilungen, keine Nachlässigkeiten und erst recht keine Schlampereien.

Die Ereignisse im japanischen Kernkraftwerk Fukushima haben innenpolitisch zu einer veritablen Kakophonie geführt. Zahlreiche Politiker aus fast allen Parteien überbieten sich derzeit mit Ausstiegsszenarien aus der Kernenergie. Darunter auch Verwaltungsräte von Energieunternehmen und andere Atomlobbyisten, die man mit gutem Grund als Opportunisten, Wendehälse und Politmarionetten bezeichnen darf.

Kaum jemand stellt indes neben der Frage der technischen Sicherheit die ebenfalls wichtigen Fragen nach der Versorgungssicherheit und den künftigen Energiekosten, obwohl für die Bevölkerung und die Wirtschaft diese Fragen letztlich von entscheidender Bedeutung sein dürften. Die SVP ist sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung für das Land bewusst und mahnt deshalb zur Besonnenheit.

Ältere Kernkraftwerke sofort abschalten, Wasserkraft ausbauen, den Widerstand gegen Windkraftwerke aufgeben, neue erneuerbare Energien massiv fördern, Solarpanels auf jedes Dach, die gesetzlichen Grundlagen für den Bau von Gaskraftwerken anpassen, ein neues Kernkraftwerk bauen, dafür alle alten abschalten und so weiter und so fort. Das aktuelle Angebot an Ideen zum Ersatz von Kernkraftwerken in der Schweiz ist schier grenzenlos. Fast alle Parteien sind nun getrieben von kurzfristigem Aktivismus als Folge der Ereignisse in Japan. Kaum jemand behält einen kühlen Kopf. Dass die Strombranche in dieser Frage eine mehr oder weniger indifferente Haltung einnimmt, überrascht nicht weiter. Sie kann es letztlich der Politik überlassen, zu entscheiden, woher der Strom in Zukunft kommen soll. Der Markt sichert auch bei höheren Stromkosten entsprechende Erträge.

Alle laufenden Diskussionen blenden zwei zentrale Faktoren aus. Zum einen sind die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft auf genügend Strom angewiesen. Zum anderen muss dieser Strom auch in Zukunft bezahlbar sein und darf nicht zum Luxusgut für Reiche werden. Dass dies nicht selbstverständlich ist, ergibt sich schon aus dem komplexen Versorgungssystem, das wir in der Schweiz haben. Die kurz- und mittelfristige Verfügbarkeit der einzelnen Träger des Strommix' ist bereits heute weitgehend ausgeschöpft. Die Ausbaumöglichkeiten der Wasserkraft sind beschränkt und werden zurzeit durch restriktive Forderungen aus dem links-grünen Lager blockiert. Zusätzliche Stromimporte werden immer unrealistischer, da auch andere Länder einen steigenden Strombedarf aufweisen und neue Kapazitäten erschliessen müssen. Importe

brauchen zudem entsprechende Leitungsnetze, stammen häufig selbst aus nuklearer Produktion der Nachbarländer und werden in der Tendenz auf dem internationalen Markt immer teurer. Neue erneuerbare Energien werden erst in einigen Jahrzehnten bezahlbaren Strom in grösserer Menge zur Energieversorgung beisteuern können. Gas schliesslich kommt häufig aus Ländern mit instabilen politischen Perspektiven. Die Versorgungssicherheit ist damit also nicht gewährleistet. Kommt hinzu, dass die zunehmende Ausrichtung der Energiepolitik auf die Klimafrage zu einer zusätzlichen Nachfrage nach Strom als Ersatz für fossile Energieträger führt. Auch hier existiert also ein offensichtlicher Zielkonflikt. Wer sich von der Kernenergie verabschieden will, muss konsequenterweise auch die Diskussion über Klimamassnahmen im Inland auf Eis legen. Die gleichen Kreise, welche jetzt vehement und unverzüglich aus der Kernenergie aussteigen möchten, propagieren die radikalsten CO₂-Reduktionen. Die ambitionösen Ziele sind ohne die CO₂-freie Kernenergieproduktion nicht zu erreichen, schon gar nicht vor dem Hintergrund fossiler Grosskraftwerke als Ersatz für die bestehenden Kernkraftwerke. Und bei fast allen Alternativen zur Kernenergie stellen sich letztlich ebenfalls Fragen zur technischen Sicherheit. Einen Strommix ohne Risiken wird es wohl nie geben.

Die Folgen einer Verknappung von Strom und einer Erhöhung der Preise wären gravierend. Die produzierende Industrie ist auf kostengünstige Energie angewiesen, ansonsten ist die Konkurrenzfähigkeit nicht mehr gegeben. Ironischerweise wäre die erste Industrie, die von weiter steigenden Strompreisen betroffen wäre, die energieintensive Recycling-Industrie in der Schweiz. Sekundärrohstoffe würden also in Zukunft vollumfänglich exportiert und nicht mehr in der Schweiz verarbeitet. Bezüglich Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit wäre dies ein weiteres fatales Eigentor. Aber auch für alle anderen Branchen wären die Folgen schwerwiegend. Der zunehmende Stromhunger in der Schweiz ist nicht zuletzt auch eine Folge der massiven Zuwanderung der letzten Jahre. Der öffentliche Verkehr, die Infrastrukturen im Dienstleistungsbereich und viele andere Anwendungen sind auf grosse Mengen von Strom angewiesen. Davon hängen letztlich Hunderttausende von Arbeitsplätzen ab. Aber auch im privaten Bereich wären die Folgen einer mangelnden Verfügbarkeit und weiteren Verteuerung von Strom dramatisch. Einschränkungen im täglichen Leben, die Gefahr von Stromausfällen und eine massive Verteuerung der Lebenshaltungskosten wären die Konsequenz. Welcher Politiker wird dafür die Verantwortung tragen?

Einerseits wird in der Schweiz Jahr für Jahr mehr Strom verbraucht. Auf der anderen Seite ist in den nächsten Jahren ein Rückgang der Strom-

produktion und -beschaffung zu erwarten: Ab 2020 gehen die Kernkraftwerke Beznau und Mühleberg altershalber vom Netz. Und ab 2017 laufen die Stromimportverträge mit Frankreich kontinuierlich aus. Die Schweiz bezieht heute rund 33% ihrer Kernenergie aus französischen Kernkraftwerken. Anders gesagt: In Frankreich produzieren vier Kernkraftwerke der Grösse Mühlebergs für die Schweiz Strom. Ob dies auch in Zukunft so bleibt und die Frankreich und die EU bereit sein werden, die Stromlieferverträge mit der Schweiz zu verlängern, ist ungewiss.

Wo mehr verbraucht als produziert wird, drohen Versorgungslücken. Für Strom gilt dies ganz besonders: Weil er nur in kleinen Mengen gespeichert werden kann, muss rund um die Uhr genau gleich viel Strom produziert werden, wie gerade verbraucht wird. Bereits im Laufe des nächsten Jahrzehnts ist mit ersten Engpässen bei der Stromversorgung zu rechnen. Schon heute ist die Schweiz in den Wintermonaten auf Stromimporte angewiesen. Tun wir nichts, fehlen uns bis ins Jahr 2035 bis zu 30 Terawattstunden (TWh) Strom – ungefähr die zehnfache Produktion des heutigen Kernkraftwerks Mühleberg.

Könnte man die Stromlücke nicht einfach durch zusätzliche Stromimporte decken? Theoretisch ja. Bloss: Erstens muss nicht nur die Schweiz, sondern ganz Europa mit Engpässen bei der Stromversorgung rechnen – überall steigt der Verbrauch und ältere Kraftwerke gehen vom Netz, ohne dass rechtzeitig Ersatz bereitstehen wird. Zweitens würde eine Erhöhung der Importe auch eine Erhöhung der Strompreise bewirken. Drittens sind die grenzüberschreitenden Stromnetze zum Teil bereits heute stark ausgelastet. Und viertens müsste sich die Schweiz fragen, ob es wirklich klug ist, bei der Stromversorgung vom Ausland abhängig zu sein.

All jene, die nun einen Ausstieg aus der Kernenergie fordern, müssen auf die skizzierten Fragestellungen realistische Antworten liefern. Bisher blieb der Tatbeweis aus. Die SVP hält auch künftig an einer ganzheitlichen Betrachtungsweise der schweizerischen Energiepolitik fest. Dabei spielen sichere Technologien, Versorgungssicherheit, Umweltfreundlichkeit und bezahlbarer Strom eine gleichwertige Rolle. Für die SVP ist deshalb klar, dass es nun ein seriöses Abwägen einzelner Handlungsoptionen braucht. Einseitige Schnellschüsse mit gravierenden Folgeschäden für unser Land, die Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort sind das Letzte, was wir brauchen. Mehr Besonnenheit in der politischen Debatte wäre hingegen wünschenswert. Und auch etwas mehr Mut zur Unpopularität täte not. Dieser Mut zur Unpopularität unterscheidet den Staatsmann vom Politiker...

Die SVP-Fraktion will keinen überhasteten Kernkraftausstieg sondern eine wohlüberlegte langfristige Strategie, welche eine wirtschaftliche Versorgungssicherheit garantiert und nicht auf dem Prinzip „Hoffnung“ beruht. Unsere mittelfristige Energiezukunft ist nicht geklärt. Denn 40 % des gesamten Stromkonsums eines Landes substituiert man nicht von heute auf morgen.

Wir bitten Sie, der einstimmigen SVP-Fraktion zu folgen und den Antrag auf Direktbeschluss der Standesinitiative abzulehnen.

22.03.2011/Gregor Biffiger